

AKTUELL

REGULIERUNGSLÜCKE

Regeln für digitale Medien

Joël Adami

Die Regulierungsbehörde Alia fordert eine Reform des Mediengesetzes von 1991. Sie will mehr Befugnisse und Ressourcen, um auch digitale Medien besser kontrollieren zu können.

Am vergangenen Montag stellte die Autorité luxembourgeoise indépendante de l'audiovisuel (Alia) ein Whitepaper mit Vorschlägen und Denkanstößen zur Regulierung digitaler Medien vor. „Unser Whitepaper wird hoffentlich auch von den Parteien in Koalitionsverhandlungen herangezogen werden“, sagte Alia-Präsident Thierry Hoscheit. Die Überlegungen, die in der Broschüre präsentiert werden, stammen unter anderem von einer Konferenz zu dem Thema, die die Alia im April dieses Jahres organisiert hatte. Abgerundet wird das Dokument von einer Übersicht über die bestehende Gesetzgebung im Bereich elektronische und digitale Medien – eine gute Handreichung für jene Politiker*innen, die ab nächster Woche Koalitionsgespräche führen werden.

„Die acht Punkte, die wir präsentieren, decken nicht die ganze Thematik ab und wir haben auch nicht die Antworten auf alle Fragen, die wir aufwerfen“, so Hoscheit, der betonte, dass die Politik selbst Antworten finden müsse. Das passt auch zum ersten Punkt des Whitepapers: Die Werte, die das Gesetz über elektronische Medien leiten sollen, müssen klar definiert werden. Dadurch, dass das Gesetz von 1991 in den letzten Jahren mehrmals angepasst wurde, sei es ein unübersichtlicher Flickenteppich, heißt es im Whitepaper. Die Alia schlägt vor, einen eigenen Artikel über die Werte, an denen sich das Gesetz orientiert einzufügen und Pluralismus, Unabhängigkeit der Informationsvermittlung, Verbraucher*innenschutz, Meinungsfreiheit, Jugendschutz und die menschliche Würde hineinzuschreiben.

Games und Hatespeech

Außerdem soll das neue Mediengesetz technologienutral sein: Nicht die Verbreitungswege sollen einzeln reguliert werden, sondern die Inhalte. „Wenn es auf einem bestimmten Verbreitungsweg Spezifika gibt, können die immer noch gesondert reguliert werden. Im Prinzip sollte es aber egal sein, ob ein Inhalt mittels Funkwellen, via Kabel oder über das Internet verbreitet wird“, so Hoscheit auf der Preskonferenz am Montag.

Wichtigster Punkt des Whitepapers ist, dass die Alia in Zukunft auch Angebote im Internet überwachen will.

Dazu gehören nicht nur soziale Netzwerke und Video-on-Demand-Angebote, sondern auch die Internetseiten der geschriebenen Presse sowie von Radio- und Fernsehsendern. Wie weit sich diese Überwachung auch zum Beispiel auf die Ausgestaltung der Wahlberichterstattung ausweiten würde, ist in dem Whitepaper nicht ausgewiesen. Diese wird aktuell bei Medien mit öffentlich-rechtlichem Auftrag – Radio 100,7 und RTL – streng kontrolliert. Auch bei diesem Aspekt sieht die Alia Verbesserungsbedarf: So müsse die Dauer der Überwachung ausgeweitet werden, sodass nicht nur die eigentliche Wahlkampagne, sondern auch die Zeit danach und die „période de réserve“ kurz vor den Wahlen kontrolliert werden könnten.

Hatespeech und Desinformation können besonders durch soziale Netzwerke schnell eine enorme Reichweite gewinnen. Zusätzlich zur Kontrolle von Medien im Netz wünscht sich die Alia eine bessere Überwachung von „boshaften und schädlichen“ Inhalten. Vor allem der Jugendschutz und diskriminierende Inhalte liegen der Alia am Herzen. Sie betont jedoch, dass sich eine solche Kontrolle immer nur im Nachhinein durchführen lässt: Es gehe nicht um eine Zensur.

Ein anderes, völlig neues Feld, das die Alia beackern will, sind Computerspiele. In Luxemburg gibt es aktuell keine Regeln zur Altersfreigabe oder zur Bewertung von möglicherweise gefährlichen oder diskriminierenden Inhalten in Games. Wenn 1991 das Internet noch nicht in den Alltag der meisten Menschen eingezogen war, so waren Gameboy und Super Nintendo bereits in vielen Wohnzimmern zu finden – eine nachvollziehbare Erklärung warum das Medium noch nicht in dem Gesetz zu finden ist, gibt es also nicht. Die Alia interessiert sich vor allem für den Jugendschutz.

Ein weiterer Punkt im Whitepaper ist die Medienerziehung. „Das betrifft nicht nur Jugendliche, sondern auch ältere Menschen“, erklärte Hoscheit. Die Alia wolle nicht die bestehenden Angebote ersetzen, sondern sieht sich künftig in der Rolle der Koordinatorin, die aber auch eigenständig medienpädagogische Projekte aufziehen kann, wenn sie Lücken sieht. Nicht nur für diesen Punkt wäre eine Aufstockung des Personals und der finanziellen Ressourcen vonnöten – weswegen der letzte Punkt der Alia-Broschüre sich mit der notwendigen strukturellen Reform der unabhängigen Aufsichtsbehörde befasst.

Das Whitepaper gibt es zum Download auf alia.lu

SHORT NEWS

Climat, golf et pensions

(fg) – Les féru-es de golf qui voulaient fouler les greens du Golf grand-ducal ce samedi matin 30 septembre ont dû prendre leur mal en patience ou rebrousser chemin. Une cinquantaine de militant-es en ont bloqué l'entrée pendant deux heures à l'appel de Rise for Climate Luxembourg. Leur mot d'ordre : « Their time to pay » (leur tour de payer). Dans un communiqué, le collectif s'interroge « sur les priorités de protection de la biodiversité et de la vie au détriment des loisirs et des intérêts privés des plus riches », en rappelant les températures records enregistrées ces derniers mois. « Le capitalisme alimente la crise climatique, c'est donc avec ce système qu'il faut rompre », affirme Rise for Climate, promettant d'autres actions dans les mois à venir. Autre lieu, autre organisation, mais même combat en faveur du climat : ce mercredi 4 octobre, Greenpeace a manifesté devant les locaux du Fonds de compensation (FDC) qui gère les réserves des pensions luxembourgeoises. L'organisation écologiste reproche au FDC ses investissements dans des entreprises qui nuisent au climat et ne respectent pas les droits humains. Greenpeace cite le chiffre des 3 milliards d'euros injectés en 2022 dans de telles sociétés, parmi lesquelles les plus climaticides comme TotalEnergies, Shell ou BP. Autant de placements dont le FDC ne se vante pas, préférant au contraire « tromper le Luxembourg sur ses efforts en matière de durabilité » en pratiquant un greenwashing actif, selon l'ONG.

Mehr Rechte für Regenbogenfamilien

(is) – Kurz vor den Wahlen präsentieren die L Mums und G Dads zehn Forderungen an die politischen Parteien. Wenig überraschend – immerhin vertragen diese Untergruppen des Cigale lesbische Mütter und schwule Väter – gilt der Fokus dem Themenbereich Familie. Dazu gehören etwa mehr Safe Spaces für Regenbogenfamilien, sowie die Berücksichtigung dieser im Nationalen Aktionsplan zur Förderung der Rechte von LGBTI Personen. Andere Forderungen betreffen zwar auch Regenbogenfamilien, aber nicht nur. So äußern die Organisationen etwa den Wunsch, bei Formularen und Events (wie etwa Mutter- und Vatertag) auf Geschlechtskategorien zu verzichten. Eine weitere Forderung bezieht sich auf das medizinische, administrative, pädagogische und Pflegepersonal: Dieses solle in puncto Diversität und Inklusion geschult werden, „afin de lutter contre les préjugés, les préjugés inconscients et les discriminations“. Fast die Hälfte der Forderungen bezieht sich auf Maßnahmen, an denen die Regierung bereits arbeitet: Der Accès à ses origines, das Abstammungsrecht, ein rechtlicher Rahmen für künstliche Befruchtung. Erst wenn die entsprechenden Gesetze in Kraft getreten sind, werden homosexuelle Eltern ihre eigenen Kinder nicht mehr adoptieren müssen, um als solche anerkannt zu werden (woxx 1732). Die automatische Co-Elternschaft würde sie heterosexuellen Eltern gleichstellen und den Zugang zu Sozialleistungen wie dem Congé de naissance und dem Congé parental ermöglichen beziehungsweise erleichtern. Die L Mums und G Dads fordern demnach, dass die entsprechenden Dossiers schnellstmöglich zum Abschluss gebracht werden.

Gewalt gegen Frauen: Kritik an EU-Initiative

(mes) – 2017 wurde sie in die Wege geleitet, nun liegt ein erstes Audit vom Europäischen Rechnungshof vor: Die EU Initiative „Spotlight“ soll dazu beitragen, alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Partnerländern in Afrika, Asien, Lateinamerika, dem Pazifikraum und der Karibik zu beseitigen. Neben Fortbildungskampagnen und der Unterstützung von Menschenrechtsgruppen führt „Spotlight“ unter anderem auch Projekte gegen Gewalttaten wie Femizide durch. Knapp 500 Millionen Euro wurden in die Initiative investiert. Dem Rechnungshof zufolge mangelt es zurzeit an den nötigen Werten, um „die Fortschritte für die Beteiligten zu messen“. Was aber jetzt schon klar sei: Hinweise, dass die Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den 26 erfassten Ländern zurückgegangen ist, gibt es kaum. In einigen Regionen habe sie sogar zugenommen. Teils, so die Prüfer*innen, sei dies am Anstieg an häuslicher Gewalt während der Covid-19 Pandemie oder an politischen Ereignissen zurückzuführen, teils aber auch auf die komplizierte Verwaltung der Projekte, für die jeweils mehrere UNO-Organisationen zuständig sind. „Mit der Initiative „Spotlight“ hat die EU mehr Mittel als je zuvor mobilisiert“, sagte das für den Bericht zuständige Mitglied des Rechnungshofes Bettina Jakobsen, „aber mehr Geld sollte bei den Endbegünstigten ankommen. Und wir wollen mehr konkrete Ergebnisse sehen“. Trotz einiger „positiver Ergebnisse“ – etwa einer erstmaligen Studie zur Prävalenz von Gewalt gegen Frauen in Argentinien –, wird die Nachhaltigkeit der Initiative nun auf die Probe gestellt, denn die Initiative hat noch keine neuen Spender*innen gefunden.